

Bericht von Christa Feest, pax christi-Freiwillige im Ökumenischen Begleitprogramm für Palästina und Israel (ÖFPI) vom 9. Januar 2006

Ein palästinensischer "outpost"

Bisher waren "outposts" nur bekannt als israelische Vorposten größerer Settlements in der besetzten Westbank. Seit zwei Wochen aber gibt es in *Bil'in*, einem Dorf westlich von Ramallah, einen palästinensischen "outpost".

Am 20. Dezember 2005 schafften die Dorfbewohner einen Wohnwagen in einen ihrer Olivenhaine, der seit Monaten beschlagnahmt ist und nicht mehr betreten werden darf, weil hier die Mauer verlaufen soll. Die Bauarbeiten sind bereits in vollem Gange, Olivenbäume wurden gefällt, weite Anbauflächen des Dorfes geplant, riesige Berge von Kies und Sand aufgeschüttet, Bagger und Kräne sind im Einsatz.

Die amtliche Aufforderung, den Wohnwagen zu entfernen, erfolgte prompt.. Die "Besetzer" ihres eigenen Feldes wurden am nächsten Tag vom israelischen Militär gewaltsam aus dem Wagen geholt und für einige Stunden festgenommen.. Der Wagen wurde abtransportiert.

Schon am nächsten Tag stand ein neuer Wohnwagen da und die Prozedur vom Vortag wiederholte sich.

Seit dem 24. Dezember 2005 steht – mit Genehmigung des Bürgermeisters - ein kleines Haus aus Betonbausteinen an der selben Stelle, mit verglasten Fenstern und einem festen Dach. Im Inneren ein Matratzenlager, auf dem junge Dorfbewohner seitdem nachts ausharren um passiv Widerstand zu leisten, wenn das nächste Abräumkommando anrückt. Vor dem Haus eine Feuerstelle, Dorfbewohner bringen täglich Wasser und Nahrung, israelische und internationale Unterstützer kommen vorbei oder bleiben gar über Nacht. Tagsüber im Sonnenschein mutet die Szene fast an wie ein friedliches Ferienlager.

Der Hintergrund für diese bisher einmalige gewaltlose Protestaktion:

Derzeit gibt es in der von Israel besetzten Westbank 121 "offizielle", d.h. auf staatliche Initiative mit reichlicher öffentlicher Förderung erbaute Settlements. Etwa 240.000 israelische Siedler leben hier - 400.000, wenn man die Settlements im annektierten Ost-Jerusalem und den daran angrenzenden Gebieten im "Greater Jerusalem" einbezieht.

Nach internationalem (von Israel als nicht anwendbar erachtetem) Recht sind alle diese Siedlungen illegal: ihre Errichtung verstößt gegen Art.49 der 4.Genfer Konvention und gegen eine Reihe seit 1967 ergangener UN-Resolutionen, weil eine Besatzungsmacht ihre eigene Bevölkerung nicht auf besetztem Gebiet ansiedeln darf.

Zusätzlich existieren aber etwa 100 Siedlungen, die selbst nach israelischem Recht illegal sind, weil ohne Genehmigung errichtet. Es sind die so genannten "outposts", die meist als kleine wehrhafte Wohnwagen-Ansammlungen in der Nähe größerer Siedlungen beginnen und mit der Zeit zu eigenen Settlements ausgebaut werden

Die Siedler, die diese "outposts" eigenmächtig errichten, sind als besonders aggressiv und gewalttätig bekannt. Sie halten die Bauern, deren Land sie oft über Nacht besetzt haben, mit drastischen Mitteln davon ab, ihre Felder weiterhin zu betreten und zu bearbeiten. Drohungen, Schläge, zugeschüttete Brunnen, zerstörte Generatoren, vergiftete Schafe, abgesägte Olivenbäume sind keine Seltenheit.. Manche Dörfer können ihr Land nur noch unter dem Schutz israelischer oder internationaler Unterstützer bestellen. Andere sind der ständigen Schikane und Gewalt gewichen und haben ihr Land praktisch aufgegeben.

Manchmal erfolgt die Vertreibung der Landbesitzer nicht durch offene Gewalt, sondern durch schlichten Betrug. Grundstücksmakler legen gefälschte Papiere oder eidesstattliche Versicherungen über angeblichen rechtmäßigen Erwerb des Landes vor, um es danach an Bauunternehmer zu verkaufen. Die wirklichen Eigentümer sind ahnungslos.

Die israelische Regierung sieht diesen Vorgängen, die sich seit Jahren vor ihren Augen vollziehen, tatenlos zu.

Der "outpost" von *Bil'in* steht an einem Hang am Rande der Baustelle der entstehenden Mauer, durch die mehr als 50 % des Landbesitzes des Dorfes zerstört oder dem Gebiet der gegenüberliegenden israelischen Siedlung *Modi'in Illit* zugeschlagen werden wird. Die Mauer wird *Modi'in Illit* so weiträumig umgeben, dass sich auch der angrenzende illegale "outpost" *Matityahu*, der seit einigen Monaten ausgebaut wird, noch beträchtlich ausdehnen kann. 750 Wohneinheiten sind bereits jetzt fertig gestellt, 3000 sind geplant.

Es ist natürlich nur eine Frage der Zeit, bis der erste palästinensische "outpost", das kleine Haus vor *Bil'in*, zerstört und seine zeitweiligen Bewohner erneut vertrieben werden. Was also verspricht man sich von diesem aussichtslosen Unternehmen? Die Antwort eines Dorfbewohners auf meine Frage: Mit dem gewaltlosen Protest will man auf die eklatante Ungleichbehandlung von Israelis und Palästinensern hinweisen: Während die einen ohne Genehmigung ungestört auf fremdem Grund und Boden "outposts" und anschließend ganze Settlements errichten, werden die anderen gehindert und mit Strafe bedroht, wenn sie auf eigenem Land ein vom zuständigen Bürgermeister genehmigtes Haus erbauen..

Die israelische Zeitung HAARETZ, die die Vorgänge in *Bil'in* aufmerksam verfolgt und fast täglich darüber berichtet, kommentierte denn auch, die Regierung werde durch diese Protestaktion wohl in einige Verlegenheit geraten. Es sei offensichtlich, dass hier zweierlei Recht angewandt werde.

Möglicherweise hat die Aktion (mit)bewirkt, dass vor wenigen Tagen auf Antrag eines Anwalts der Dorfgemeinschaft ein vorläufiger Baustopp für *Matityahu* durch den Obersten Israelischen Gerichtshof verfügt wurde.

Dass allerdings die vorgesehene Route der Mauer, nachdem die Vorbereitungsarbeiten bereits so weit fortgeschritten sind, verlegt und die Bürger von *Bil'in* ihr Land zurück erhalten werden, daran glaubt trotzdem wohl niemand.

Ramallah, 9. Januar 2006